

UNGLEICHE VERTEILUNG VON VERMÖGEN UND EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

1. Einleitung	152
2. Geldvermögensverteilung in Österreich	153
3. Einkommen aus Geldvermögen	160
4. Lohnanteil am Volkseinkommen bricht seit 2000 ein	161
5. Steigende Lohnunterschiede zwischen den Beschäftigten	165
6. Wirtschaftspolitik für eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen	167

Auszug aus WISO 3/2008

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@akooe.at

Internet: www.isw-linz.at

**Markus
Marterbauer**

Referent für
Konjunktur und
Makroökonomie am
Österreichischen
Institut für
Wirtschaftsforschung
(WIFO)

Martin Schürz

Gruppenleiter für
monetäre Analysen in
der Oesterreichischen
Nationalbank (OeNB)

1. Einleitung

Das Thema der Ungleichheit wird oft auf Einkommensungleichheit eingeengt. Zur Verteilung der Vermögen gibt es nur sehr wenige Daten. Vermögen ist jedoch aus einer Reihe von Gründen ein bedeutsamer – und ein immer wichtiger werdender – Aspekt der sozialen Lage.

*Ungleichheit
bei Vermögen
größer als bei
Einkommen*

1) Die Ungleichheit der Vermögen ist weit größer als jene der Einkommen. Dies zeigen viele internationale Untersuchungen.¹ Für Österreich liegen solche Analysen leider noch nicht vor. Solange aber über die Vermögensungleichheit nur Vermutungen gebildet werden, können keine spezifischen Ideen zur Umverteilung formuliert werden und ein wirtschaftspolitischer Defätismus macht sich breit. Die schlechte Datenlage zur Vermögensverteilung ist kein zufälliges Versäumnis, sie reflektiert das mangelnde Interesse der Politik an Verteilungsfragen.

*Gefährdung
demokratischer
Mechanismen*

2) Eine starke Konzentration der Vermögen bedeutet stets eine Gefährdung demokratischer Mechanismen, da die mit großen Vermögen einhergehende gesellschaftliche Macht eine Privilegierung der Interessen der Reichen ermöglicht. Umgekehrt benötigt Verteilungsgerechtigkeit eine funktionierende Demokratie, da nur so auch die Interessen der Schlechtergestellten vertreten werden.

3) In der neoliberalen Programmatik wird dem privaten Vermögen ideologisch die Aufgabe zugewiesen, für die durch den Abbau des Wohlfahrtsstaates ausgelösten neuen Unsicherheiten (auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem, im Alter) eine Art Kompensation zu leisten. Menschen werden zum individuellen Vermögensaufbau motiviert, ohne dass untersucht würde, ob sie überhaupt über die entsprechenden Voraussetzungen verfügen, was das Einkommen, das Wissen, die Sparfähigkeit oder die Sparmotivation betrifft.

- 4) Ungleichheit in der Verteilung der Arbeitseinkommen ist aus einer Gerechtigkeitsperspektive einfacher zu legitimieren als bei Vermögen. Unterschiede in der Entlohnung können wenigstens theoretisch aufgrund von unterschiedlichen Anstrengungen und Leistungen begründet werden, auch wenn praktisch die wachsende Kluft zwischen Spitzegehältern von Managern und Durchschnittsbezügen von Arbeitnehmern kaum zu rechtfertigen ist. Bei den Vermögensunterschieden spielen hingegen leistungsferne bzw. leistungsfreie Elemente wie Erbschaften, Schenkungen und Wertänderungen eine ganz bedeutende Rolle. Aus einer Perspektive der Leistungsgerechtigkeit ist die Verringerung der Vermögensungleichheit daher vordringlich.

Vermögensungleichheit beruht oft nicht auf Leistung

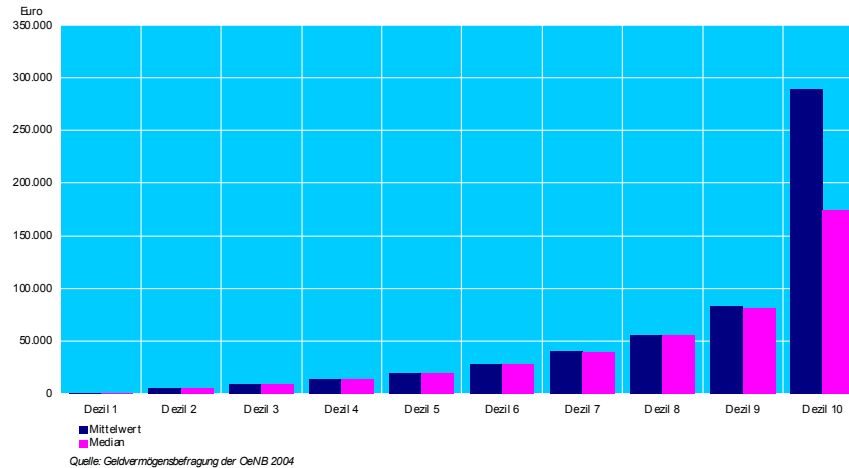
Wichtig ist es deshalb, eine gemeinsame Analyse von Einkommens- und Vermögensentwicklungen anzustellen. Im ersten Teil des Papiers referieren wir Daten zur Ungleichverteilung beim Geldvermögen in Österreich. Danach werden die Vermögenseinkommen analysiert. Im dritten Teil stellen wir die Entwicklung des Lohnanteils am Volkseinkommen dar. Schließlich gehen wir der Verteilung der Lohneinkommen nach. In den Schlussfolgerungen machen wir einige Vorschläge für eine Wirtschaftspolitik, die an einer gerechteren Verteilung orientiert ist.

2. Geldvermögensverteilung in Österreich

Die Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung der OeNB aus dem Jahr 2004 zeigen eine beachtliche Ungleichverteilung des Geldvermögens in Österreich.² Das oberste Zehntel verfügt über 54 Prozent, das reichste Prozent der Haushalte über 27 Prozent des gesamten Geldvermögens. Hingegen besitzen mehr als zwei Drittel der Haushalte keine nennenswerten Geldanlagen und die untere Hälfte der Haushalte verfügt nur über 8 % des gesamten Geldvermögens. Beim Geldvermögen kann daher kaum von einem Mittelstand gesprochen werden.³

extreme Ungleichheit der Vermögensverteilung

Grafik 1: Bruttogeldvermögen nach Dezilen



*durchschnittliches
Geldvermögen
55.000 Euro*

Vermögen ist ungleicher verteilt als Einkommen. Gemessen am Verteilungsmaß des Gini-Koeffizienten ist die Ungleichheit der Verteilung der Geldvermögen mit 0,66 mehr als doppelt so hoch wie jene der Einkommen. Mittelwert und Median liegen bei den Nettogeldvermögen viel weiter auseinander als beim Einkommen. Der durchschnittliche österreichische Haushalt verfügte 2004 über ein Geldvermögen von rund 55.000 Euro. Die Mitte der Vermögensverteilung, der Median, lag aber nur bei 24.000 Euro. Aus der Differenz zwischen diesen beiden Werten ist erkennbar, dass sich in der oberen Hälfte der Verteilung Haushalte mit sehr hohem Vermögen befinden. Die privaten Geldvermögensbestände sind auf wenige Haushalte konzentriert, denn selbst im obersten Dezil ist die Streuung beträchtlich.

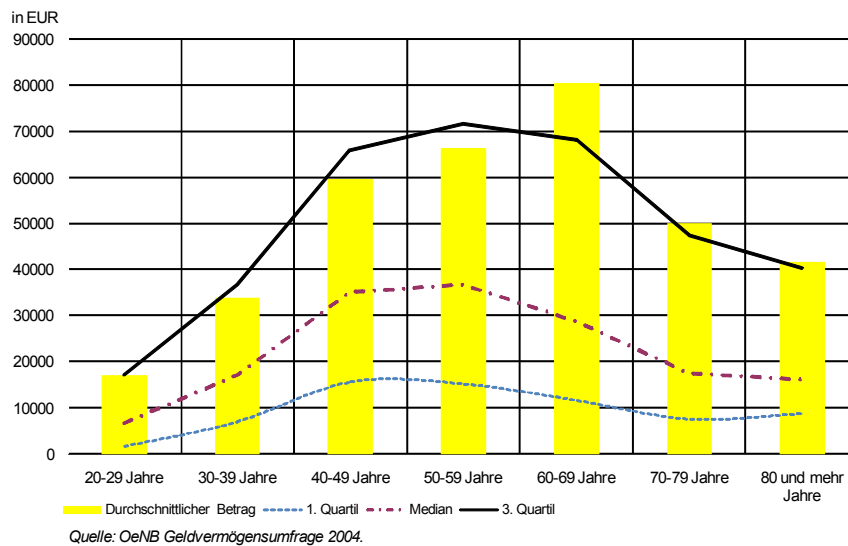
2.1. Sozioökonomische Charakteristika und Geldvermögen

*Arme können
kein Vermögen
aufbauen*

Gemeinhin wird ein zyklischer Vermögensverlauf im Leben angenommen. Nach einem zu Lebensbeginn geringen Vermögen sollte vor der Pensionierung der Höchststand erreicht und in der Pension die Ersparnisse verbraucht werden. Die

Vermögenskurve hätte einen Buckel. Dies ist auch in den Querschnittsdaten für den Durchschnitt erkennbar (Grafik 2). Doch für das vermögensärmste Viertel (1. Quartil) zeigt sich ein anderes Muster. Der Verlauf übers Leben ist fast flach. Vermögen spielt kaum eine Rolle für die Armen, sie sind zwangsläufig auf Arbeitseinkommen angewiesen.

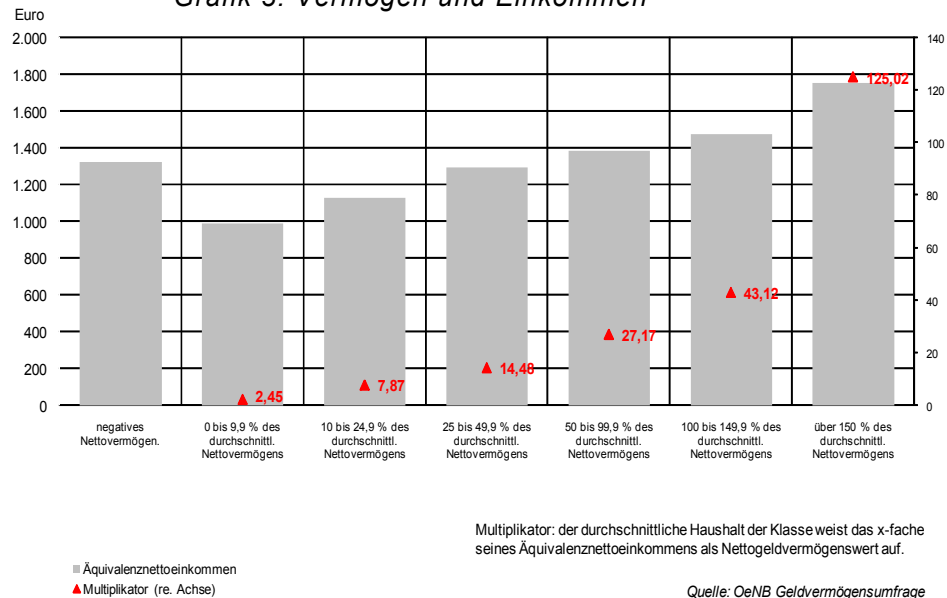
Grafik 2: Vermögensverteilung nach Alter



Generell ist das Haushaltseinkommen mit der Höhe des Geldvermögensbestandes positiv korreliert. Mit zunehmendem Einkommen steigt auch das Bruttogeldvermögen. Die Einkommen sind jedoch deutlich weniger konzentriert als die Vermögen. Bei den Haushalten mit überdurchschnittlichem Vermögensbesitz liegt das Geldvermögen 125 Mal so hoch wie ihr (Äquivalenz-) Einkommen.

je höher das Einkommen, desto höher das Vermögen

Grafik 3: Vermögen und Einkommen



2.2. Arbeiter sind besonders vermögensarm

Vermögensungleichheit nach sozialen Schichten hoch

Der Vermögensbesitz ist nach sozialen Schichten sehr unterschiedlich. Arbeiterhaushalte verfügen mit durchschnittlich 27.500 Euro (Median: 17.500 Euro) über den niedrigsten Vermögensstand. Unternehmer weisen zwar im Durchschnitt mit Abstand das höchste Geldvermögen von rund 195.000 Euro auf (Median: 42.600 Euro), allerdings ist diese soziale Gruppe, wie auch jene der Freiberufler, sehr heterogen. Der Median des Geldvermögensbesitzes liegt bei den freien Berufen (15.200 Euro) sogar unter jenem der Arbeiter. Hingegen liegt der Mittelwert bei fast 50.000 Euro. Diese uneinheitlichen Vermögensprofile weisen auf große Ungleichheiten in der Zusammensetzung der Gruppen hin.

Länger andauernde Arbeitslosigkeit kennzeichnet eine besonders kritische soziale Lage, in der finanzielle Ressourcen wichtig wären. Allerdings können gerade Arbeitslose nicht auf Geldvermögen zurückgreifen, um das mit einem massiven

Einkommensrückgang verbundene Armutsrisiko zu reduzieren. Arbeitslose haben kaum finanzielle Reserven.

Tabelle 1: Soziale Stellung und Geldvermögen

Haushaltsvorstand	Mittelwert Bruttogeldvermögen	Median Bruttogeldvermögen	Mittelwert/Median
Unternehmer	195.101	42.601	4,6
Angestellter	52.610	27.100	1,9
Beamter	67.468	41.425	1,6
Arbeiter	27.513	17.575	1,6
Pensionist	53.716	21.875	2,5
Schüler, Student	16.712	10.996	1,5
Arbeitslos	15.745	7.550	2,1
freie Berufe	48.975	15.180	3,2
Landwirte	35.148	26.424	1,3

Quelle: Geldvermögensbefragung der OeNB 2004

Nicht nur die Höhe des Einkommens ist eine zentrale Determinante der Geldvermögenshöhe eines Haushaltes, sondern auch das Ausmaß der Einkommenssicherheit. Die Vermögenssituation der Beamten ist besonders günstig und ihre Altersabsicherung ist besser als jene der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft.

Die relativ komfortable durchschnittliche Vermögensausstattung der Pensionisten wird relativiert durch einen eher niedrigen Medianwert in dieser Gruppe, d. h., Vermögen sind bei den Pensionisten sehr ungleich verteilt. Die Vermögenssituation der Arbeiter kann hingegen als prekär bezeichnet werden.

2.3. Sparfähigkeit bei vielen nur sehr gering

Einkommensreiche Menschen sparen mehr, und zwar nicht nur absolut betrachtet, sondern auch in Relation zum Einkommen. Die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung gibt einen Hinweis darauf, dass sich verstärkende Unterschiede in der Sparfähigkeit auch zur ungleichen Geldvermögensverteilung in Österreich beitragen.

*untere
Einkommens-
gruppen sparen
für Notgroschen*

Ideologisch wird privatem Vermögen in neoliberalen Programmen, etwa bei der privaten Altersvorsorge, eine große Bedeutung zugeschrieben. Altersvorsorge stellt aber für arme Haushalte keinen wichtigen Grund zur Vermögensbildung dar. Die niedrigsten Einkommenschichten sparen, sofern sie dies überhaupt können, in erster Linie für einen Notgroschen; sie sparen ohne bestimmten Grund und nicht vorrangig für spezifische Konsumzwecke (Haus, Auto, Wohnung). Dieses unspezifische Vorsorgen scheint rational, da die Risiken für arme Menschen objektiv größer sind. Arme Menschen werden häufiger krank und gering Qualifizierte sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre Probleme stellen sich mit größerer Dringlichkeit: Arme Menschen leben notgedrungen im Hier und Jetzt, und dass nicht, weil ihnen der langfristige Planungshorizont fehlt, wie das die neoliberale Ideologie so oft unterstellt.

Bei Tabelle 2 ist zu beachten, dass sich die erhobene Sparfähigkeit nur auf den Erhebungszeitpunkt bezieht. Ein Haushalt kann zum Zeitpunkt der Befragung eine sehr hohe Sparneigung aufweisen, weil etwa die Anschaffung eines Pkws geplant ist, oder er kann eine sehr niedrige Sparneigung aufweisen, weil gerade eine Wohnungseinrichtung erworben wurde.

Tabelle 2: Sparfähigkeit und Nettogeldvermögen

<u>Sparfähigkeit pro Jahr</u>	<u>Anteil der Haushalte</u>
kann nicht sparen	5%
bis eur 1.000,-	30%
bis eur 2.000,-	25%
bis eur 5.000,-	24%
bis eur 10.000,-	10%
mehr als eur 10.000,-	6%

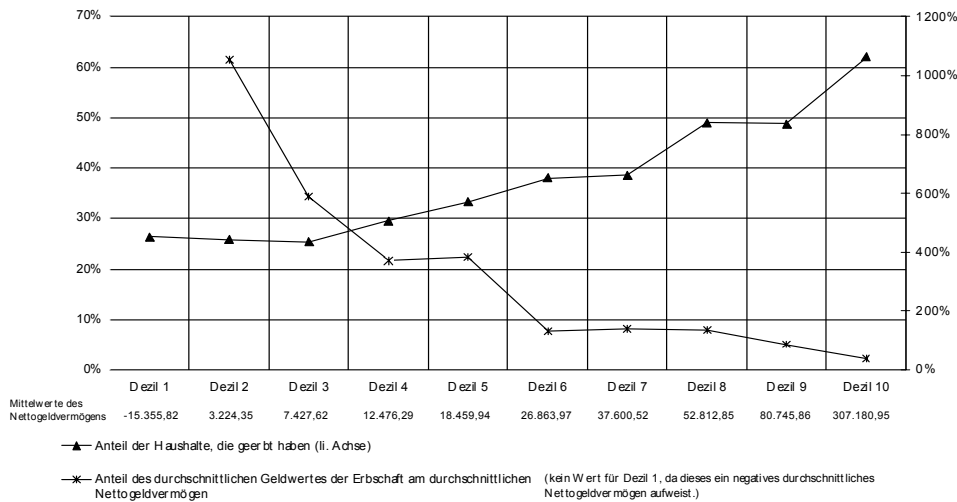
Quelle: Geldvermögensbefragung der OeNB 2004

2.4. Erbschaften: unverdientes Vermögen

Erbschaften haben ein ähnliches Verteilungsmuster wie Geldvermögen, denn Erbschaften sind sozial ungleich verteilt.⁴ Nur ein Teil der Bevölkerung (38 % der österreichischen Haushalte) macht eine Erbschaft und die Erben in Österreich verfügen ohnehin schon über ein höheres Geldvermögen als die Nicht-Erben. Nur wenige Erben bekommen sehr hohe Beträge. Die Besserstellung ohnehin schon Privilegierter ist beim Erbgeschehen deutlich erkennbar (siehe Grafik 4). Die Vermögenden erben häufiger und absolut betrachtet auch mehr. Die Vermögensärmeren erben seltener, aber im Falle einer Erbschaft macht diese relativ zum bestehenden Vermögen mehr aus als bei den Reichen. Eine Ablehnung der Erbschaftssteuer in ärmeren Kreisen könnte demnach in Zusammenhang mit der Hoffnung auf eine größere Verbesserung zu sehen sein.

Reiche erben viel

Grafik 4: Erbschaften und Vermögen



2.5. Keine Mittelschicht bei der Geldvermögensverteilung

Bei der Geldvermögensausstattung der privaten Haushalte zeigt sich eine Polarisierung. Eine große Mehrheit (74 %) hat nur eine unterdurchschnittliche Geldvermögensausstattung, und nur eine Minderheit (26 %) verfügt über ein überdurchschnittliches Geldvermögen.

Zur Vermögensverteilung in Österreich gibt es weiterhin keine adäquate Statistik. Diese unbefriedigende Situation hinsichtlich der Datenlage kann sich in Hinkunft auf Basis von Erhebungen der OeNB im Kontext des Eurosystems ein wenig verbessern, allerdings wird das Problem der Untererfassung Vermögenger in freiwilligen Befragungen nicht gelöst werden, denn Haushaltsdaten unterschätzen systematisch die tatsächliche Vermögenskonzentration.⁵

3. Einkommen aus Geldvermögen

Bedeutung der Vermögens-einkommen nimmt zu

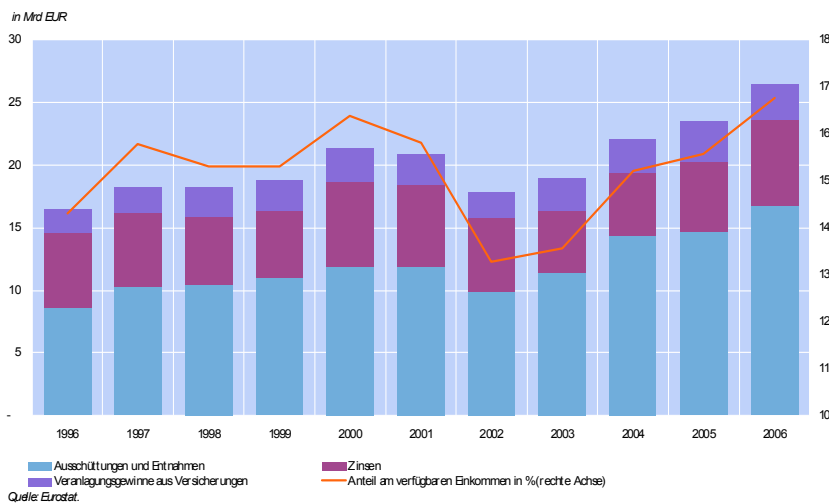
Angesichts der steigenden Geldvermögen der privaten Haushalte gewinnen auch die daraus erzielten Einkommensströme zunehmend an Bedeutung. Die Vermögenseinkommen bilden mittlerweile einen beachtlichen Teil der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

Für Österreich stehen Daten über die Entwicklung der Vermögenseinkommen in der VGR mit jährlicher Frequenz für den Zeitraum 1995 bis 2006 zur Verfügung. Da diese Daten nur in aggregierter Form vorliegen, sind keine Aussagen darüber möglich, welchen sozialen Schichten sie zufließen.

Da die Vermögen weit ungleicher verteilt sind als die Einkommen, bedeutet eine Zunahme der Vermögenseinkommen eine Ausweitung der personellen Einkommensunterschiede. Für Deutschland wurde gezeigt, dass die Vermögenseinkommen der Selbstständigen und Freiberufler rund zweieinhalb Mal so hoch sind wie jene der übrigen Bevölkerung.

Mit dem Übergang zur neuen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 1995) hat sich die Aussagekraft der Daten zur Einkommensverteilung verringert. In der Vergangenheit konnten die Besitzeinkommen nach Einkommen aus der unternehmerischen Tätigkeit, aus Kapitalvermögen oder aus der Vermietung und Verpachtung unterschieden werden. Dies ist nun nicht mehr möglich.

Grafik 5: Geldvermögenseinkommen der privaten Haushalte



In den letzten zehn Jahren wuchsen die realen Einkommen aus Geldvermögen deutlich rascher als die verfügbaren Nettoeinkommen. Dadurch ist der Anteil der Einkommen aus Geldvermögen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte merklich gestiegen. Vor allem seit 2002 haben sich die Geldvermögenseinkommen kräftig erhöht.⁶

4. Lohnanteil am Volkseinkommen bricht seit 2000 ein

Der starke Anstieg der Einkommen aus Geldvermögen hat zum Rückgang des Anteils der Arbeitseinkommen am gesamten

Rückgang des Lohnanteils Volkseinkommen wesentlich beigetragen. Der Rückgang der Lohnquote ist ein Phänomen, das schon seit Ende der 1970er-Jahre anhält, doch in den letzten Jahren hat sich dieser Trend verschärft. Die unbereinigte Lohnquote hat sich innerhalb der letzten sieben Jahre von 71,7 % (2000) auf nur noch 66,6 % (2007) verringert, also um 5 Prozentpunkte. In den 22 Jahren zuvor – vom Höhepunkt der Lohnquote mit 78,7 % im Jahr 1978 bis in das Jahr 2000 – betrug der Rückgang 7 Prozentpunkte.

Grafik 6: Entwicklung der Lohnquote seit 1960



Diese Beschleunigung des Rückgangs der Lohnquote lässt sich auch in der Entwicklung der Einkommen ausdrücken:⁷ Das Volkseinkommen ist nominell in den Jahren 2000 bis 2006 um 4,3 % pro Jahr gewachsen (um 3,7 % je Einwohner). Hingegen haben sich die Einkommen der unselbstständig Beschäftigten nur um 2,8 % pro Jahr erhöht (2,2 % je Beschäftigten). Doch die Einkommen aus Unternehmen und Vermögensbesitz sind um 7,9 % pro Jahr gestiegen.

4.1. Hohe Arbeitslosigkeit drückt die Lohnquote

Außergewöhnlich ist, dass die Lohnquote in der Phase schwacher Konjunktur zu Beginn des Jahrzehnts merklich zurück-

gegangen ist. In der Vergangenheit hat sich die Lohnquote bei schwacher Konjunktur eher erhöht, weil die Unternehmensgewinne im Konjunkturunbruch rasch zurückgingen, während die Löhne als Kontrakteinkommen für zumindest ein Jahr fixiert waren und es gleichzeitig gelungen ist, durch antizyklische Wirtschaftspolitik starke Beschäftigungsverluste zu vermeiden.

Doch im letzten Konjunkturabschwung fiel das Wirtschaftswachstum deutlich schwächer aus (2001: real +0,5 %) als im Durchschnitt der EU (2,0 %) und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich besonders stark. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen stieg von 184.000 Ende 2000 auf 245.000 Ende 2003 und hatte ihren Höhepunkt bei 257.000 Personen im September 2005. Auch die Zahl jener Arbeitslosen, die als Schulungsteilnehmer, Pensionsvorschussbezieher und Lehrstellensuchende in der Statistik nicht als arbeitslos gezählt werden, stieg kräftig, sodass sich die um diese Personengruppen erweiterte Arbeitslosenquote von 7,2 % der unselbstständigen Erwerbspersonen im Jahr 2000 auf 9,2 % im Jahr 2005 erhöhte. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit war primär die Folge einer falschen Wirtschaftspolitik im Jahr 2001, als der internationale Konjunkturabschwung durch starke Steuererhöhungen für die privaten Haushalte (Senkung des allgemeinen, des Pensionisten- und des Arbeitnehmerabsetzbetrages, Anhebung von Gebühren und indirekten Steuern) und die Unternehmen (Abschaffung des Investitionsfreibetrages) zum Zweck der Erreichung eines sogenannten „Nulldefizits“ im Staatshaushalt deutlich verstärkt wurde.

*Determinante
sinkender
Lohnquote:
steigende
Arbeitslosigkeit*

Steigende Arbeitslosigkeit führt unmittelbar zu einem Rückgang der Lohnquote, weil die Betroffenen nicht mehr Lohn-, sondern Transfereinkommen beziehen. Dazu kommen die indirekten Auswirkungen hoher Arbeitslosigkeit, etwa die Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, die die Lohnerhöhungen drückt. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt führt zu einem Rückgang der berei-

*Arbeitsmarkt-
flexibilisierung*

nigten Lohnquote um etwa 1 1/4 Prozentpunkte.⁸ Die letzten Jahre waren zudem durch eine Verschärfung der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gekennzeichnet. Die Zahl der freien Dienstverhältnisse, der Leiharbeitsstellen und der Teilzeitjobs hat sich kräftig erhöht. Dies sind Arbeitsformen, die meist mit niedrigen Einkommen verbunden sind. Auch haben die neuen Arbeitszeitmodelle, die eine Ausweitung der Durchrechnungszeiten mit sich brachten, zum Verlust von Überstundenzuschlägen geführt.

4.2. Globalisierung zulasten der Lohneinkommen

*Globalisierung
führte zu
Ausweitung der
Ungleichheit*

Auch die fortschreitende Globalisierung hat einen starken Einfluss auf die Verteilung der Einkommen. Insgesamt dürfte die Globalisierung weltweit zwar zu einem Anstieg des BIP, aber auch zu einer Ausweitung der Ungleichheit geführt haben.⁹ Besonders begünstigt sind die Besitzer von Vermögen. Sie können hohe Gewinne bei Produktion und Veranlagung etwa in Asien erzielen und gleichzeitig in den Industrieländern Druck auf Lohnkosten, Arbeitsmarktregulierungen und Steuerbelastung ausüben. Globalisierung und technologische Neuerungen verschieben in den westlichen Industrieländern die Struktur der Arbeitskräftenachfrage zugunsten qualifizierter Arbeit. Die Produktion von Massenartikeln mit gering qualifiziertem Arbeitseinsatz wird hingegen in Länder mit billigem Arbeitskräfteangebot ausgelagert. Auch der technologische Fortschritt ersetzt vor allem niedrige Qualifikationen und begünstigt höher qualifizierten Arbeitseinsatz.

Österreich hat die Internationalisierung in den letzten 15 Jahren vor allem in den Dimensionen des Beitritts zur EU und der Erweiterung der EU um die mittelosteuropäischen Länder erlebt. Der Anteil des Exports von Gütern und Dienstleistungen und der Direktinvestitionen im Ausland am BIP sind ebenso wie das BIP selbst merklich gestiegen. Die Auswirkungen der Internationalisierung auf den Lohnanteil am Volkseinkommen sind empirisch schwieriger zu belegen. Manche Studien sehen einen starken Effekt des Außenhandels auf den Rückgang der

Lohnquote¹⁰, andere betonen stärker die negativen Effekte der Investitionen im Ausland¹¹. Noch wichtiger für die mittelfristige Entwicklung der Einkommensverteilung dürfte allerdings die Übernahme des wirtschaftspolitischen Regimes der Europäischen Union gewesen sein. Die starke Konzentration auf die Verwirklichung des Binnenmarktes mit ihrer Betonung des Standortwettbewerbes und die restriktive Ausrichtung der Wirtschaftspolitik schwächen tendenziell die Arbeitnehmervertretungen und bewirken so einen Rückgang der Lohnquote.¹²

*EU-
Wirtschafts-
politik*

5. Steigende Lohnunterschiede zwischen den Beschäftigten

Der Trend zu steigender Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der unselbstständig Erwerbstätigen hält schon etwa gleich lang an wie jener des Rückgangs der Lohnquote. Der Anteil der unteren Einkommensgruppen an den gesamten Lohneinkommen geht zurück, jener der oberen Einkommensgruppen steigt. Dies lässt sich sowohl auf Basis der Einkommensdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger als auch auf Basis der Lohnsteuerstatistik zeigen.¹³ In der SV-Statistik sind etwa das unterste und das oberste Zehntel der unselbstständig Erwerbstätigen wegen der Geringfügigkeitsgrenze und der Höchstbeitragsgrundlage nicht erfasst, dafür erlauben die Daten einen längerfristigen Vergleich. Die Lohnsteuerstatistik erfasst alle unselbstständig Beschäftigten, dafür erlauben Systemumstellungen keinen sehr langfristigen Vergleich.

*steigende
Ungleichheit
innerhalb der
Beschäftigten*

Auf Basis der Lohnsteuerstatistik zeigt sich in den letzten zehn Jahren eine stetig steigende Ungleichheit in der Verteilung. Interessant ist, dass etwa zwei Drittel der Beschäftigten gemessen an ihrem Anteil an den gesamten Lohneinkommen verlieren, während nur das oberste Fünftel kräftig gewinnt. Die letztgenannte Gruppe – höhere Angestellte und Beamte – konnte ihren Anteil an den Lohneinkommen von 44,4 % (1995) auf 46,7 % (2006) erhöhen.

Tabelle 3: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen (Quintile)

Arbeitnehmer- Innen	1995	2000	2004	2005	2006
	Einkommensanteil in %				
1. Quintil	2,9	2,5	2,3	2,2	2,2
3. Quintil	17,7	17,4	17,3	17,2	17,1
5. Quintil	44,4	45,7	46,2	46,5	46,7

Q: Guger, Marterbauer (2008), WIFO-Berechnungen.

*hohe
Einkommens-
unterschiede
zwischen
Männern und
Frauen*

Die zunehmende Ungleichheit innerhalb der unselbstständig Beschäftigten ist vor allem ein Ergebnis der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, besonders in Form der starken Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung von Frauen. Der Anteil der beschäftigten Frauen, die weniger als 35 Stunden pro Woche arbeiten, beträgt heute über 40 %, vor zehn Jahren lag er noch unter 30 %. Teilzeitbeschäftigung hat zwar vielen Frauen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert, allerdings in einer oft wenig attraktiven Form: Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden liegt etwa ein Drittel niedriger als in den skandinavischen Ländern, die über eine lange Tradition an guten Teilzeitjobs im öffentlichen Sektor verfügen, und die Einkommen sind sehr niedrig. In der unteren Hälfte der Verteilung liegen die Fraueneinkommen in der Privatwirtschaft nur bei etwa 55 % der Männereinkommen.¹⁴ Schlechte Ausbildung und schlechte Teilzeitjobs bilden dafür die wichtigsten Ursachen.

Die hohen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen stellen ein zentrales Element der großen Ungleichheit in Österreich dar. Einer ihrer wichtigsten Gründe liegt in der starken Belastung von Frauen mit unbezahlter Arbeit, vor allem im Bereich der Betreuung von Kindern und Alten. Sie führt zu einem geringeren Ausmaß bezahlter Arbeit und zu langen

Berufsunterbrechungen, die das Lebenseinkommen von Frauen und auch ihre soziale Absicherung im Alter stark verschlechtern.

Dazu kommen die relativ großen sektoralen Lohnunterschiede, die auch eine stark geschlechtsspezifische Dimension haben. Typischerweise sind die Branchen mit unterdurchschnittlichem Einkommen – Handel, Tourismus, persönliche Dienstleistungen, Bekleidungsindustrie – durch einen hohen Frauenanteil, niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, kleinstbetriebliche Strukturen und eine starke Orientierung auf die Binnennachfrage gekennzeichnet. Demgegenüber sind die Branchen mit überdurchschnittlichen Einkommen – Mineralölindustrie, Energieerzeugung, Metall- und Elektroindustrie, Maschinenbau und chemische Industrie – durch einen hohen Männeranteil, hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, Großbetriebe, hohe Kapitalintensität und Orientierung auf den Export gekennzeichnet.

*hohe sektorale
Lohn-
unterschiede*

6. Wirtschaftspolitik für eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen

Die Verteilung von Vermögen und Einkommen ist das Ergebnis verschiedener Einflussfaktoren. Deshalb muss eine Politik, die sich eine gerechtere Verteilung zum Ziel setzt, auch in vielen Bereichen ansetzen.

Die extreme Schieflage in der Verteilung der Geldvermögen unterstreicht die Notwendigkeit, besonders die Machtaspekte von Vermögen und die Gefahren für die Demokratie zu beachten. Bei großen Vermögen geht es ja nicht um eine Absicherung gegen ökonomische Notsituationen, sondern um sozialen Status und gesellschaftlichen Einfluss. Den vielfältigen negativen Folgen ungerechter Verteilung der Vermögen begegnet man am besten mit einer Erhöhung vermögensbezogener Steuern. Diese machen in Österreich derzeit nur 1,2 % des gesamten

*höhere
Vermögens-
steuern*

Abgabenaufkommens aus. Das ist ein Fünftel des ungewichteten Durchschnitts der 15 alten EU-Mitgliedsländer und nur halb so hoch wie in Deutschland und den skandinavischen Ländern.¹⁵

*Neueinführung
der Erbschaftssteuer*

Ansatzpunkte für eine höhere Besteuerung von Vermögen finden sich zum Ersten bei der Erbschaftssteuer, die neu eingeführt werden sollte. Denn Erbschaften sind sozial extrem ungleich verteilt. Die Erbschaftssteuer betraf schon in der Vergangenheit vor allem reiche Haushalte.¹⁶ Eine reformierte Erbschaftssteuer sollte möglichst alle Vermögensgegenstände, und zwar zu ihrem Marktwert einbeziehen. Steuersätze sollten nur nach der Höhe der Erbmasse progressiv variieren, den Familienstand zu berücksichtigen schadet dem Ziel der Chancengleichheit. Stiftungen sollen im Wege einer Erbersatzsteuer einbezogen werden. Freibeträge sollen niedrig sein, da sie bei leistungsfreien Einkommen nur schwierig zu rechtfertigen sind.

Wertzuwachssteuer

Zum Zweiten sollten die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer reformiert werden. Die Einheitswerte sollen an die Marktwerte herangeführt werden, selbst bei einer merklichen Senkung der Steuersätze könnte das Steueraufkommen deutlich erhöht werden. Zum Dritten sollte eine Wertzuwachssteuer auf realisierte Wertgewinne von Aktien oder Immobilien mit möglichst wenigen Ausnahmen eingeführt werden. Damit würde die Besteuerung leistungsloser Einkommen der Besteuerung von Arbeitseinkommen gleichgestellt.

Eine stärkere Besteuerung von Vermögen würde die Finanzierung der sozialen Dienstleistungen erleichtern und eine Entlastung des Faktors Arbeit ermöglichen. Diese Maßnahmen hätten angebots- und nachfrageseitig gesamtwirtschaftlich vorteilhafte Effekte. Die Leistungsanreize würden erhöht, die Verteilungswirkungen wären positiv.

Die geringen Geldvermögen der Mehrheit der Bevölkerung unterstreichen die sozialen Risiken einer Privatisierung der Altersvorsorge. Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung hat auch

zu geringe Einkommen, um in größerem Ausmaß für die Altersvorsorge anzusparen. Deshalb sollte auch die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge überdacht werden. Der Staat fördert mit einer Prämie von 9,5 % Einzahlungen von bis zu 2.200 Euro pro Jahr in die „prämiengeförderte Zukunftsvorsorge“. Das mittlere Nettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten liegt bei 1.400 Euro. Bei diesem Einkommen kann man sich kaum leisten, eineinhalb Monateinkommen pro Jahr zu sparen, um die volle staatliche Prämie in Anspruch zu nehmen. Diese staatliche Förderung kommt deshalb besonders den sozial Bessergestellten zugute. Sie sollte reduziert werden.

Reduktion der Förderung für Privatpensionen

Die Analyse der Determinanten der Lohnquote und der Einkommensverteilung innerhalb der unselbstständig Beschäftigten hat die große Bedeutung hoher Arbeitslosigkeit für Ungleichheit gezeigt. Die österreichische Wirtschaft befindet sich derzeit im Konjunkturabschwung, der neuerlich mit einem merklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden sein wird. Aktive Beschäftigungspolitik, die diesen Anstieg verhindert, und im folgenden Aufschwung das Ziel der Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt rückt, hätte besonders positive Verteilungseffekte. Zu den in diesem Zusammenhang wichtigen Maßnahmen zählen eine antizyklische Budgetpolitik, ein Ausbau der Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und neue Formen der Arbeitszeitverkürzung (Bildungskarenz, Verlängerung des Urlaubsanspruches und attraktive Teilzeitjobs).

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Investitionen in die Qualität des Aus- und Weiterbildungssystems, die vor allem auf die Erhöhung der sozialen Durchlässigkeit und die Verbesserung der Integration bildungsferner Schichten konzentriert sind, bringen langfristig besonders positive Effekte auf die Verteilung der Einkommen. Und zudem tragen sie zur Erreichung des Ziels der Chancengleichheit in der Gesellschaft bei. Generell gilt, dass die öffentlichen Dienstleistungen – vom Bildungssystem über das Gesundheitssystem bis zu den Sozialleistungen – den unteren und mittleren sozialen Schichten besonders stark zugutekommen. Während die Besit-

soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems

zer von Vermögen und die Bezieher hoher Einkommen diese Leistungen auch privat finanzieren könnten, gilt dies für die kleinen Leute nicht. Weitere Verbesserungen der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, ein starker Ausbau der Plätze in Kindergärten und Horten sowie der Aufbau eines anspruchsvollen Pflegesystems könnten einen wesentlichen Beitrag zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes leisten.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Schürz 2008.
- 2 Das Bruttogeldvermögen (BGV) in der Haushaltsbefragung der OeNB setzt sich aus Girokontoeinlagen, Spareinlagen, börsennotierten Aktiva, Lebensversicherungen und Anleihen zusammen. Zieht man vom BGV die Konsum- bzw. die Wohnbaukredite ab, erhält man das Nettogeldvermögen (NGV). Der Grund für die Wahl des BGV ist, dass den Krediten oft Immobilienvermögen gegenübersteht, das in dieser Umfrage aber nicht erfragt wurde. Ergebnisse einer Haushaltsbefragung der OeNB zu Immobilienvermögen werden ab Herbst 2008 vorliegen.
- 3 Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Mooslechner, Schürz 2008.
- 4 Für einen internationalen Vergleich vgl. Fessler, Mooslechner, Schürz 2008, für Österreich Schürz 2007.
- 5 Aktuell analysiert die OeNB den Immobilienbesitz der privaten Haushalte in Österreich. Die Immobilienvermögensverteilung wird sich noch ungleicher darstellen als die Geldvermögensverteilung, da viele Haushalte keine Immobilien besitzen. Im Jahr 2009 soll im Rahmen des Eurosystems eine umfassende Erhebung zum Vermögen privater Haushalte realisiert werden.
- 6 Vgl. Waschiczek 2009.
- 7 Vgl. Guger, Knittler, Marterbauer 2008.
- 8 Vgl. Marterbauer, Walterskirchen 2003.
- 9 Glyn 2004.
- 10 Etwa Breuss 2007.
- 11 Etwa Onaran 2008.
- 12 Feigl 2008.
- 13 Vgl. Guger, Marterbauer 2007 oder Guger, Knittler, Marterbauer 2008.
- 14 Guger, Marterbauer 2007.
- 15 Vgl. Marterbauer 2008.
- 16 Vgl. Marterbauer, Schürz 2007.

Literatur:

- Beer, C., P. Mooslechner, M. Schürz und K. Wagner, Geldvermögen privater Haushalte in Österreich: Eine Analyse auf Basis von Mikrodaten, Geldpolitik & Wirtschaft, Q2/06, OeNB. S. 101 – 119.
- Breuss, F., Globalization, EU Enlargement and Income Distribution, WIFO Working Paper 296/2007.
- Feigl, G., Österreichs Beitritt zur Europäischen Union: Auswirkungen auf die funktionale Einkommensverteilung, Diplomarbeit an der Universität Wien, 2008.
- Fessler, P., P. Mooslechner und M. Schürz, Inheritances and wealth distribution. Theoretical reasoning and empirical evidence on the basis of LWS data, LWS Working Paper 6, 2008.
- Fessler, P., M. Schürz, Aktienbesitz in Österreich, Geldpolitik & Wirtschaft, Q2/2008, OeNB.
- Glyn, A., The Assessment: How Far has Globalization Gone?, Oxford Review of Economic Policy, vol. 20, no 1, 2004.
- Guger, A., M. Marterbauer, Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein update, WIFO Working Paper 307/2007.
- Guger, A., K. Knittler und M. Marterbauer, Die Entwicklung und Verteilung der Einkommen. In: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Bericht über die soziale Lage, 2008.
- Marterbauer, M., E. Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, WIFO-Monatsberichte Heft 2/2003, S. 151 – 159.
- Marterbauer, M., M. Schürz, Der Streit um die Abschaffung der Erbschaftsteuer in Österreich, WISO, Heft 2/2007, S. 35 – 52.
- Marterbauer, M., Herausforderung Steuerreform 2010, WISO, Heft 2/2008, S. 15 – 32.
- Mooslechner, P., M. Schürz, Verteilung der Geldvermögen. In: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Bericht über die soziale Lage, 2008.
- Onaran, Ö., The Effects of Globalization on Employment, Wages and the Wage share in Austria, Study Commissioned by the Chamber of Labour Vienna, 2008.
- Schürz, M., Erbschaften und Vermögensungleichheit in Österreich, In: Wirtschaft und Gesellschaft, 33. Jahrgang, 2/2007, S. 231 – 254.
- Schürz, M., Anmerkungen zur Messung des Vermögens privater Haushalte, Zeitschrift für Angewandte Sozialforschung, 25. Jahrgang, 1/2 2007/2008, S. 137 – 148.
- Schürz, M., Auf der Suche nach dem verschwiegenen Reichtum, Intervention 5(1), 2008, S. 62 – 74.
- Waschiczek W., Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, Statistiken – Daten & Analysen, Q1/2009. Forthcoming.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at